

Annoncen =  
Annahme-Bureaus.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestr. 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Lizenzen =  
Annahme-Bureaus.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Baube & Co.,  
Haesenstein & Vogler,  
Adolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

# Posener Zeitung.

Zweiundachtzigster Jahrgang.

Mr. 824.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 24. November.

Inserate 20 Pf. die fehlgewachsene Petition oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

## Amtliches.

Berlin, 22. November. Der König hat geruht: dem Vice-Ober-Zeremonienmeister und Hofmarschall Grafen zu Eulenburg das Amt eines Zeremonienmeisters des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler zu übertragen, ferner dem Wasserbau-Inspektor Leopold Henn zu Stendal den Charakter als Baurath zu verleihen.

An der Realschule zu Halberstadt ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Schubardt zum Oberlehrer genehmigt worden.

Dem Ingenieur Friedrich Wegmann zu Zürich und dem Maschinenfabrikanten Nagel u. Raempf in Hamburg ist die Medaille für gewerbliche Leistungen in Gold, der Eisengießerei- und Maschinenfabrik-Aktien-Gesellschaft Ganz u. Comp. in Budapest und Natibor, den Fabrikanten H. Queva u. Comp. in Erfurt, H. Gruson in Buckau, A. Müllot in Zürich, Fr. Wihl. Schulze hierzulst. A. Kaiser in Minden, dem Mühlensitzer Adolph Schmidt im Mühlrose und der Nagy-Sarosyer Mahlmühle in Eperies dieselbe Medaille in Silber verliehen.

Der Landgerichts-Direktor Hempel in Berlin ist gestorben. Die nachgeführte Diensttafelung ist ertheilt: dem Landgerichts-Rath Gaebler in Posen mit Pension und dem Amtrichter Stemann in Rottorf befußt Übertritt zur Kommunalverwaltung.

## Politische Uebersicht.

Posen, 24. November.

Die Budgetkommision erledigte in ihrer vorherigen Sitzung den Bergwerksetat und begann mit der Berathung des Eisenbahnetats. Der erste wurde unverändert angenommen. Bei der Erörterung über die Einnahmen der Bergwerksverwaltung erklärten die Vertreter der Staatsregierung, daß zur Zeit sich nicht übersehen lasse, ob und welche Wirkung die Beschlüsse der westfälischen Bergwerksbesitzer in Bezug auf die Reduktion der Produktion um 5 Proz. auf die Preise der Kohlen haben würden. Zur Zeit sehe sie keine Veranlassung, eine Änderung der Einnahme-Positionen, wie sie bei der Aufstellung des Etats veranschlagt seien, vorzunehmen. Auch könne sie eine bindende Erklärung über ihre zukünftigen Maßnahmen bezüglich der Produktion nicht geben. Der Staat habe bisher schon das Produktionsquantum nicht vermehrt, sondern vermindert. Mehrere Mitglieder der Kommission erklärten ihre Zustimmung zu den Ansichten der Staatsregierung. — Bei Berathung des Eisenbahnetats wurde die Frage der Rentabilität eingehender besprochen, jedoch vorbehalten, darauf bei Berathung der Betriebsüberichten pro 1878/79 zurückzukommen. Mitgetheilt wurde seitens der Regierungskommisse auf Anfrage, daß im Ganzen zur Zeit bei 821 Kilometer Staatsbahn Sekundärbahnbetrieb eingeführt und dadurch erhebliche Ersparnisse erzielt seien (darunter 720 Klm. bei der Ostbahn).

Die Eisenbahn-Kommision beriehlt vorgestern über die Magdeburg-Halberstädter Bahn. Der Referent, Dr. Hammacher, begann mit einer historischen Darlegung der Entwicklung des nunmehr 1300 Kilometer umfassenden Unternehmens und sprach dabei insbesondere auch das Verhältnis zu der Hannover-Altenbekener Bahn. Indem Referent auf die zeitige finanzielle Lage der M.-H. Bahn eingeht, hebt er hervor, daß der Uebertritt, den der Staat als Besitzer des Unternehmens gemacht haben würde, den von der Gesellschaft im Jahre 1878 erzielten um 1,864,000 Mark überstiegen haben würde. Den von der Staatsregierung pro 1879 in Aussicht genommenen Reingewinn von rund 900,000 Mark betrachtet Referent als durchaus nicht zu hoch veranschlagt, seien auch höhere Amortisationsbeträge als veranschlagt einzustellen, so werde sich andererseits eine noch höhere Summe ersparen lassen durch billigeren Betrieb und durch niedrigere Zinsen nach Konvertirung der Prioritäten. Der Ankauf sei also vom finanziellen Gesichtspunkte aus zu empfehlen. Ebenso führten die allgemeinen wirtschaftlichen Erwägungen zu einem günstigen Resultate, u. A. wird hervorgehoben die Wichtigkeit von M.-H. für den Verkehr Mitteldeutschlands mit den Nordseehäfen. Die Verpflichtungen, welche der Staat übernimmt, bestehen zunächst im Bau der Linie Magdeburg-Erfurt, die übrigen Strecken sind nicht von Bedeutung; die Bahn nach Braunschweig braucht nicht vom Staat gebaut zu werden. In der Generaldiskussion wünscht ein Kommissionsmitglied Aufklärung darüber, warum das Verhältnis des Baarzahlungs- zum Konvertirungs-Preis der Aktien bei M.-H. anders sei als bei Köln-Minden, ebenso wird die Frage der Konvertirung der Prioritäten mit niedrigem Zinsfuß berührt, die den Aktionären Lit. A. in Aussicht gestellte Rente sei zu hoch. Der Regierungskommisar erwiedert hierauf, daß die allerdings nicht zu leugnende Differenz dadurch entstanden sei, daß man sich nach Bekanntwerden des Betriebsergebnisses pro 1878 während der Verhandlungen von staatlicher Seite gezwungen habe, der Forderung der Aktionäre Lit. B. sowohl nachzugeben, daß man denselben einen gewissen Vortheil bei der Liquidation in Aussicht stellte. Dadurch könnte allerdings, wenn die betreffenden Aktionäre die Aktien bis zur Liquidation in der Hand hielten, (was aber nicht wahrscheinlich sei ??) ein Verlust von 1 bis 2 Millionen für die Staatskasse entstehen. Ein Kündigungsrecht der niedrigprozentigen Prioritäten steht den Inhabern nicht zu, hier speziell nicht, da es sich

eigentlich um Aktien handle. Die Rente für die Aktionäre sei sehr mäßig bemessen. Ein fortschrittliches Mitglied verliest einen Protest eines Scrutators der Generalversammlung der M.-H. Gesellschaft, welche die Überlassung an den Staat beschloß. Der Protest behauptet, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, welche es fraglich erscheinen lassen, ob wirklich die erforderliche  $\frac{2}{3}$  Majorität für den Verkauf vorhanden war. Bei ca. 19,000 Abstimmenden betrug die absolute Majorität nur 86 Stimmen. Der Vertreter der Staatsregierung bemerkte, daß nach dem in den Händen der Regierung befindlichen Material die Einwendungen des Protestes, zum Theil wenigstens nicht als gerechtfertigt erscheinen, übrigens liege es nicht in der Kompetenz der Staatsregierung, hier Remeur eintreten zu lassen. Das Mitglied, welches den Protest vorgelegt, behauptet, der Minister hätte einschreiten müssen, findet aber lebhafte Widersprüche nicht nur von Seiten der Regierungskommisse, sondern auch von Mitgliedern der Kommission. Der Vertrag sei formell ganz richtig zu Stande gekommen, der Minister habe gar keine Handhabe zum Vorgehen gehabt, die Einwendungen des Protestierenden stützen sich dazu lediglich auf Vermuthungen, kein Richter würde den Protest als gültig anerkannt haben; endlich würde es sich, selbst wenn die Sache erwiesen wäre, höchstens um 60 Stimmen handeln. In der Spezialdebatte wurde bei § 9 auf Anfrage bemerkt, daß noch darüber verhandelt wird, wie sich die Entschädigungen auf die verschiedenen Direktionsmitglieder vertheilen sollten. Die Gehälter der Direktionsmitglieder bezifferten sich auf 162,000 Mark. Die Mehrzahl der Mitglieder würde übrigens voraussichtlich in den Staatsdienst treten. Die Schlussabstimmung ergab 11 Stimmen für, 8 gegen.

Die Kommission für das Gemeindeabgaben gesetz beriehlt in ihrer vorgebrachten dritten Sitzung die §§ 4 bis 6. Bei § 4 entspann sich eine längere Debatte über die beantragte obligatorische Mitheranziehung der Gewerbesteuer; § 4 wurde mit 1 gegen 9 Stimmen zu Gunsten obiger Forderung abgelehnt. § 5 wurde unter einer Einschränkung mit Bezug auf § 2 fast einstimmig angenommen. § 6 fand endlich auch unveränderte Annahme, nachdem mehrere Amendements eine lebhafte Diskussion hervorgerufen hatten. Mit 11 gegen 8 Stimmen wurde insbesondere ein Amendement abgelehnt, dahin lautend: Landgemeinden, in denen bisher die Gemeindeabgaben ausschließlich von den Grundbesitzern nach dem Bestand aufgebracht wurden, steht die Beibehaltung dieses Maßstabes frei.

Die Petitionskommission beschäftigte sich am nämlichen Tage mit zwei Pulverpetitionen. In beiden Fällen beklagten sich die Petenten über die Genehmigung der Anlegung von Pulverfabriken und Magazinen in der unmittelbaren Nähe ihres Wohnorts. Wenn auch das Verfahren der Regierungen in Schleswig und Koblenz in beiden Fällen nach § 25 der Gewerbeordnung formell zulässig war, so herrschte doch darüber in der Kommission Übereinstimmung der Ansichten, daß es nicht klug gewesen sei, hier von dem formellen Rechte Gebrauch zu machen. Wenn auch den Wünschen der Petenten nicht in vollem Umfang Rechnung getragen werden konnte, so wurden doch mit erheblichen Majoritäten Beschlüsse gefaßt, welche dem Verlangen beider Petitionen entgegenkommen.

Abg. Dr. Miquel hot wegen seiner Verfassung zum Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. das Generalreferat in der Eisenbahn-Kommision des Abgeordnetenhauses abgegeben. An seiner Stelle übernimmt es Abg. Dr. Hammacher, unter der Bedingung, daß er aus der Budgetkommision ausscheiden kann und über den Vertrag mit Magdeburg-Halberstadt im Plenum ein anderes Kommissions-Mitglied referirt.

Die Bekämpfung des Simultanschulwesens seitens der preußischen Ultramontanen hat eine treffende Illustration dadurch erhalten, daß kürzlich mehrere katholische Stadtpfarrer in Augsburg, als Mitglieder der dortigen Lokalschulkommision, für Einführung der Simultanschule votirt haben. In dem abweisenden Erlaß des bairischen Kultusministers auf die seitens des Bischofs von Augsburg gegen die Einführung der Simultanschule erhobene Beschwerde wird ausdrücklich auf jene Zustimmung der katholischen Stadtpfarrer in Augsburg hingewiesen. Wenn so etwas in dem gut katholischen Baiern vorkommt, warum ereiern sich dann unsere Ultramontanen so sehr gegen das Simultanschulwesen?

In Rücksicht auf die augenblickliche kirchliche Lage, wie sie besonders durch das Hervortreten der Konfessionellen und der Positivisten, deren immer engere Vereinigung wesentlich von der sogenannten Hofpredigerpartei gefördert wird und deren gemeinschaftliche Wirklichkeit auf der General-Synode charakterisiert wird, hat sich der weitere Ausschluß des deutschen Protestantentenvereins zu einer Versammlung in Berlin (am Mittwoch, den 26. November) entschlossen. Es handelt sich außer dem Hauptthema — eben der Besprechung der Lage in der altpreußischen Landeskirche — noch um die theilweise Neuwahl des Vorstandes und Vorlegung der Jahresrechnung. Die Versammlung wird im City-Hotel abgehalten werden.

Unser Breslauer L.-Korrespondent schreibt: „In seiner letzten Sitzung, in welcher als Vertreter der Kgl. Staatsregie-

rung der Oberpräsident von Seydelwitz Theil nahm, beschäftigte sich der Provinzial-Ausschuss der Provinz Schlesien auch mit der Notstandsfrage. Nach Kenntnisnahme von den Ansprüchen, welche an die Provinz bezüglich des Notstands angesetzt werden, wurde beschlossen, dem Landtage eine Vorlage zu machen, in welcher der Provinzial-Ausschuss ermächtigt wird, die Unterstützungen für die Notstandscreise den betreffenden Kreisverbänden als Darlehen unter günstigen Verzinsungs- und Rückzahlungs-Bedingungen anzubieten, eventuell auch eine nicht 10% Proz. des Darlehens übersteigende Summe à fonds perdu hinzugeben. Die durch einzelne Blätter verbreitete Mitteilung, daß der schlesische Provinzial-Landtag speziell der Notstandsfrage wegen einberufen werde, ist eine thatfächlich unrichtige, die Einberufung erfolgt vielmehr auf Grund der allgemein gesetzlichen Bestimmung, nach welcher die Provinzial-Landtage alle zwei Jahre einmal zusammenentreten müssen.“

Am 20. ist die bairische Kammer der Abgeordneten über den Antrag auf Wiedereinführung der Klassenlotterie hinweggegangen. Als Herr Schels denselben begründet und der Finanzminister dagegen gesprochen hatte, ergab es sich, daß Niemand zum Wort gemeldet war. Kein Abgeordneter wagte laut für die Klassenlotterie einzutreten, keiner hielt es für würdig, sie noch zu bekämpfen. Bei der Abstimmung erhob sich mit Herrn Schels nur etwa ein Dutzend Mitglieder der Rechten. Herr Schels hat nichts Neues zu Gunsten von Staatslotterien vorgebracht; er erklärte kein Freund derselben zu sein, sie aber als „Realfinanzpolitiker“ befürworten zu müssen. Er meinte, Baiern würde weniger als es erwarte von den Reichsmehreinnahmen zurückhalten, denn die neue Zollpolitik sei wohl nur eingeschlagen worden, um die Mittel zur Erhöhung der Militärausgaben zu beschaffen. Er beklagte vornehmlich, daß so viel Geld aus Baiern für hamburgische und braunschweigische Lotterien gehe (preußische und sächsische Lose seien nicht zu haben), auch bezeichnete er als Hauptgrund seines Antrages, daß er um keinen Preis eine Erhöhung der direkten Steuern wolle. Finanzminister v. Niedel war glücklicher als sonst, indem er daran erinnerte, daß gleich die erste bairische Volksvertretung wenige Wochen nach ihrer Einberufung (1819) einen Antrag auf Abschaffung der Lotterie angenommen und denselben bis zu dessen Verwirklichung (1861) fortwährend wiederholt habe. Der Minister hatte gehofft, nachdem er sich bereits früher so entschieden gegen Lotterien erklärte, daß die jetzige Verhandlung dem Hause erwartet worden wäre. Als 1855 ein Antrag zu Gunsten der Klassenlotterie eingebracht worden, habe der erste Präsident der Kammer erklärt, daß dessen Verhandlung mit der Würde des Hauses nicht vereinbar sei. Der Finanzminister erörterte sodann die steuerpolitischen, volkswirtschaftlichen und sozialen Gründe gegen Lotterien, konstatierte an Beispielen, daß sie, wo sie bestehen, der Staatskasse nur ein Bierle dessen einbrächten, was sie dem Volke kosteten, daß sie in Baiern nach Abschaffung des Lotto's die Sparkasseneinlagen sofort erheblich vermehrt hätten (von 18 Mill. fl. 1861 auf 21 Mill. 1862) und erschöpft das leidige Thema, so daß vorerst sich Niemand zur Wiederaufnahme desselben finden wird.

Die „Indépendance belge“, welche im vorliegenden Falle wohl als journalistischer Stimmträger der liberalen belgischen Kammermajorität betrachtet werden kann, ist mit dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Vatikan wenig zufrieden. Wie indeß im Vorhinein bemerkte sein magistratischer Tadel nicht das Ministerium, welchem sie das Vertrauen der Majorität durchaus erhalten wissen will. Sie erkennt, gleichwie Kardinal Nina es in einer Depesche vom 3. März d. J. thut, die Schwierigkeiten der Lage, in welcher der Ministerpräsident sich befindet, und ist überzeugt, daß derselbe gethan hat, was er thun konnte. Wenn er nicht alle Hoffnungen seiner politischen Freunde verwirklicht habe, so sei dies doch kein Grund, dem Kabinett, dessen Führer er ist, das Vertrauen zu entziehen. Es würde dies um so ungerechter sein, als das Ministerium am Dienstag durch den Mund seines Führers feierlich seinen Entschluß bekräftigt habe, sein Programm „bis zu Ende“ zu verfolgen. Dies ist — für die „Indépendance“ die Hauptfache, le fait capital, der Sitzung. Im Nebenfach führt das Blatt aus, daß die Mittheilungen des Premier wenig Neues geboten hatten, weder über die Dispositionen des Vatikan gegenüber den Institutionen und Gesetzen des Landes, noch über die Gesinnungen der Kurie bezüglich der leidenschaftlichen Haltung des belgischen Klerus. Noch weniger sei durch neue oder entscheidende Argumente die Aufrechterhaltung der belgischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle gerechtfertigt worden. Des Weiteren charakterisiert die „Indépendance“ den Unterschied zwischen Pius IX. und Leo XIII., findet aber dabei, daß der neue Papst es zwar an Worten und Zusagen nicht habe man geln lassen, das aber die Thaten fehlen.

Diese an die Bischöfe Belgien gerichteten Empfehlungen, diese Rathschläge zur Mäßigung, welche an sie zu richten der Papst sich vornahm; mehr noch diese Missbilligung ihrer leidenschaftlichen Ausbrüche

und Ausschreitungen dieser Tadel, welcher aus der Korrespondenz hervorgeht und dessen formellen Ausdruck die Depeschen ankündigen und es kompaktieren — wo? wann? wie? unter welcher Form hat dies Alles außer in diesen diplomatischen Unterhaltungen stattgefunden? Davon wissen wir nichts."

Der Papst habe nur gesagt, was nötig war, um die Erhaltung der belgischen Gesandtschaft am päpstlichen Stuhle durchzuführen. Es begreife sich, daß er darauf bedacht sei. Die Aufhebung der Gesandtschaft eines rein katholischen Staates hätte einen sehr empfindlichen Schlag dargestellt. Andererseits sei es begreiflich, daß die Gesandtschaft selbst für ihre Existenz fechte, und so sehe man Kurie und Gesandtschaft sich nicht ohne Geschicklichkeit abmöhnen, um eine beiden Theilen unangenehme Maßregel zu vermeiden. Darüber hinaus sei der Papst nicht gegangen. Er habe zur Mäßigung ermahnt, Ausschreitungen gemäßigt, vielleicht mache das auf dem Lande einen Eindruck. Aber die gemäßigten Katholiken bedurften dessen nicht, die andern seien in der Hand des Klerus und schließlich werde der Einfluß des letzteren durch die Erhaltung der Gesandtschaft beim Vatikan nicht gemindert. Die „Indépendance“ begegnet sich in ihrem Urtheil merkwürdiger Weise mit den klerikalen Blättern. Das gemäßigte — klerikale „Journal de Bruxelles“, Organ des früheren Ministerium erklärt offen:

„Die Publikation der Depeschen wird unsere Opposition gegen die Akte und Projekte des Kabinetts, die eine Kriegserklärung gegen die Kirche sind, um keinen Finger breit ändern.“ Die Bischöfe, heißt es dann weiter, würden keine Bedenken tragen, sich auch in der Form mit den Wünschen des h. Stuhles in Einklang zu setzen; aber als Staatsbürger, die im Prinzip mit dem h. Stuhl in Einklang befänden, würden die belgischen Katholiken für die Freiheit der katholischen Schulen und für die Gewissensfreiheit doppelt so viel Millionen zum Opfer bringen, wie dem Minister zufolge dafür erforderlich seien.

Die Berliner „Germania“, welcher vorstehendes Citat entnommen ist, resumiert ihre wohl an der Hand der klerikalen belgischen Blätter gemachten Betrachtungen wie folgt:

Während der erste Theil der ministeriellen Rede nur den unnötigen Beweis erbrachte, daß Leo XIII. die Aufrethaltung des Friedens will, konstatierten der zweite und die dabei verlesenen Aftenstücke nur, daß der h. Stuhl im Prinzip mit den Bischöfen übereinstimmt, diese aber zur Mäßigung in der Form ihrer im Grunde berechtigten Opposition ermahnte. Es handelt sich also um eine reine Formfrage.“

Die „Indépendance belge“ will wissen, in Folge der fortgesetzten Behauptungen der ultramontanen Presse, daß Instruktionen des Papstes an die belgischen Bischöfe vorhanden seien, welche zu den Mittheilungen der diplomatischen Korrespondenz in vollständigem Gegenfase ständen, hätte das belgische Ministerium die Absicht, neue Erklärungen von der römischen Kurie zu verlangen.

Die englische Regierung scheint sich endlich entschlossen zu haben, dem agitatorischen Treiben der Führer der „Anti-Pacht-Liga“ in Irland ein Ziel zu setzen. Wie bereits gemeldet wurde, sind am Mittwoch drei der Hauptbeschreiber verhaftet worden, und zwar in Dublin der Rechtsanwalt James Boyce Killeen von Clonliffe, der ehemalige senische Sträfling Michael Darik und in Castilebar James Dohys, der Besitzer des „Connaught Telegraph“. Die beiden ersten sind angeklagt, bei einem in der Grafschaft Sligo stattgehabten Landmeeting Ansprachen gehalten zu haben, welche danach angethan waren, das Volk zu einem Friedensbruch zu verleiten. Die Verhaftung wurde ohne alles Aufsehen bewerstelligt; die Polizeibeamten befanden sich in Zivilkleidung. Die Aufregung über diese Verhaftung ist groß in England. Am Donnerstag Abend fand in London unter dem Voritz des Parlamentsmitgliedes O'Connor Power ein Meeting statt, auf welchem nach längerer Debatte eine Resolution angenommen wurde, welche die Verhaftung als ungesehlich verdammt. Auch in der irischen Hauptstadt, in Dublin, fand Freitag Abend ein stark besuchtes Meeting statt, um gegen die Verhaftungen zu protestieren. Gray präsidierte, Parnell und andere Home-Rulers waren zugegen. Es wurden mehrere Resolutionen angenommen, in welchen die Verhaftungen für willkürlich und verfassungswidrig erklärt werden, welche dazu angethan seien, das Vertrauen auf die Unparteilichkeit in der Handhabung der Gesetze zu schwächen. Gleichzeitig werden die Iränder aufgefordert, ihrer Mäßbilligung des Regierungsverfahrens mit allen verfassungsmäßigen Mitteln Ausdruck zu geben. Fast alle englischen Zeitungen widmen der Angelegenheit umfassende Betrachtungen. So erklärt die „Times“, sie zweifele nicht, daß das Vorgehen der irischen Regierung ein vollständig gerechtfertigtes sei, so unangenehm und schwierig derartige Prozesse in Irland auch immer sein mögen. Leider treffe die Strafe jütl. die schlimmsten Nebelhäuter. Die Hauptschuldigen verstanden sich gar trefflich auf die von O'Connell so hoch gevriesene Kunst des Wagens und gleichzeitigen Umgehens der Gesetze und kutschten sechspannig durch die betreffenden Parlamentsakte, während ihre ungeschickten Nachfolger und Untergaben dem Gesetze verfielen. Es sei dies bedauerlich, allein die Zeit dürfe wohl gekommen sein, um ein Beispiel zu statuiren und den verwegsten Schreibern den Mund zu stopfen.

Wir hatten bisher niets der Überzeugung gelebt, schreibt das „Berl. Tagbl.“, daß England das Musterland aller konstitutionellen Freiheit sei. Vor Allem aber gelten die Rechte und Privilegien der Presse als das Palladium der britischen Freiheit. Allein, wie es scheint, ist im ganzen Umfange des britischen Kaiserreichs die Sonne der bürgerlichen Freiheit nicht aller Bevölkerung gleichzeitig aufgegangen. Zunächst scheinen der Bismarck von Indien und seine Feldherrn ganz eigenhümliche Begriffe von den Rechten und Pflichten der freien Presse und ihrer Berichterstattung zu besitzen, die um so unbegreiflicher erscheinen, wenn man die immensen Dienste erwägt, welche gerade der englischen Kriegsführung durch die Presse des Landes erwiesen wurden. Man braucht nur an die Leistungen Doktor William Russells in den Tagen des Krimkrieges und an die Erfolge seiner Bericht-

erstattung zu erinnern, um das Gefühl natürlich zu finden, daß die englische Armee und ihre Führer alle Ursache haben, der freien Presse und ihren Vertretern jede nur denkbare Rücksicht zu Theil werden zu lassen. Wie man aber in Indien diese Berücksichtigung versteht, geht aus folgender Aufzählung der Bedingungen hervor, welche man den Kriegskorrespondenten der großen englischen Blätter, die den Operationen des Feldzuges gegen Afghanistan folgen wollten, vorgeschrieben hat:

1. Alle Kriegskorrespondenten müssen einen von der indischen Regierung ausgestellten Erlaubnischein besitzen. Dieser Erlaubnischein muß den Namen des Blattes enthalten, für welches der Inhaber des selben korrespondirt.

2. Unter keiner Bedingung darf ein Korrespondent für ein anderes, als das von ihm angegebene Blatt schreiben. Will er es dennoch thun, so hat er erst die Erlaubnis einzuholen. Ein dahinzielender Bemerk wird dann in seinem Erlaubnischein gemacht werden.

3. Niemand darf ohne Erlaubnischein für eine Zeitung schreiben. Die Regierung von Indien wird Personen, welche ihr auf dem Kriegsschauplatz unerwünscht schreiben, keine Erlaubnis zum Verweilen ertheilen. Chemal Offiziere erhalten den Vorzug.

4. Alle bei der Armee verweilenden Korrespondenten stehen während ihres Aufenthaltes daselbst unter dem Neuteregelege.

5. Alle Korrespondenten müssen ein leicht erkennbares Abzeichen tragen. Sie müssen auch stets ihren Erlaubnischein mit sich führen.

6. Es darfste sich hin und wieder ereignen, daß es Korrespondenten nicht gestattet werden kann, nach Gutdünken auf dem Kriegsschauplatz sich unberuhigem zu machen. In diesem Falle wird eine darauf bezügliche Ordre erlassen werden, und die Bewegung von einem Orte zum anderen wird dann nur gegen besonderen Paß gestattet sein. Doch wird ausdrücklich hervorgehoben, daß selbst trotz des Besitzes eines solchen Paßes, ur Besichtigung einer bestimmten Position, das Annähern an dieselbe, seitens der Totalbehörden unterfangt werden kann. Korrespondenten haben sich unter allen Umständen und Verhältnissen den militärischen Anforderungen zu fügen.

7. Zu den Vorposten dürfen Korrespondenten sich ohne besondere Erlaubnis nicht begeben. Diese Erlaubnis wird im Allgemeinen nicht gegeben werden.

8. Korrespondenten dürfen sich in ihren Mittheilungen nicht der Chiffren bedienen. Es darf ferner nur in englischer Sprache correspondirt werden.

9. Als Presse-Gensorthebörde wird ein aus Offizieren bestehender Rath fungiren. Diese Behörde ertheilt, vorbehaltlich der Zustimmung der Regierung Erlaubnischeine; durch sie verfehrt die oberste Militärbehörde des Distrikts mit den Korrespondenten; sie überwacht die von den Korrespondenten abgehenden Berichte; diese Behörde sorgt dafür, daß die für die Presse geltenden Verordnungen seitens der Korrespondenten strikt durchgeführt werden.

10. Der militärische Senator hat das Recht zu verlangen, daß sämtliche an ein Blatt abgesendete Berichte durch seine Hand gehen. Ist er der Ansicht, daß der Inhalt der Armee schaden könnte, so darf er denselben ganz unterdrücken oder abändern. Wo es sich um Telegramme handelt, wird der Senator im Allgemeinen diese Besuchniss ausüben.

11. Die Militärbehörden werden Korrespondenten jede Auskunft ertheilen, so weit sich dies mit ihrer Pflicht verträgt oder räthlich erscheint. Die Vertreter der Zeitungen werden daher aufgefordert, sich dieser Quelle soviel als möglich zu bedienen.

12. Die Militärbehörden werden, so weit sie können, die Abfördung und Beförderung der Berichte der Korrespondenten erleichtern.

13. Sollten die dem befehlshabenden Offiziere zu Gebote stehenden Beförderungsmittel nicht ausreichen, so dürfen, unter Zustimmung der Militärbehörde, die Korrespondenten für die Beförderung durch eigene Boten sorgen. Es wird jedoch ausdrücklich bemerkt, daß diese neuen Arrangements ganz ausdrücklich und vollständig unter der Kontrolle und Aufsicht der Behörden stehen.

14. Es ist daher für Korrespondenten ungesetzlich, einen unter eigener Kontrolle stehenden Botendienst zu organisieren oder Postanstalten und Telegraphen-Anstalten außerhalb des Kreises der jeweiligen Militär-Jurisdiktion zu benutzen. Ebensoviel dürfen sie Eisenbahn-Beamte veranlassen, Briefe oder Depeschen für sie anzunehmen.

15. Alle Zeitungen müssen regelmäßig ein Exemplar ihres Blattes an die Militärbehörde des Distrikts senden, in welchem ihr Korrespondent sich aufhält.

16. Korrespondenten, die gegen die Presbestimmungen verstößen, sind nicht nur unter den bestehenden Vorstrafen haftbar, sondern sie können auch ihren Erlaubnischein verlieren und setzen sich selbst der Eventualität aus, von dem Kriegsschauplatz entfernt zu werden.

17. Sollte ein Korrespondent solcher Gestalt entfernt werden sein, so wird ein anderer Vertreter derselben Zeitung nicht wieder zugelassen. Die Zeitungs-Herausgeber werden für das Verhalten ihrer Korrespondenten im Felde verantwortlich gehalten.

18. Die Zeitungs-Herausgeber, welche einen Korrespondenten nach dem Kriegsschauplatz entsenden wollen, haben folgende Erklärung zu unterzeichnen:

„Wir haben die Bestimmungen u. s. w. gelesen und erklären uns mit denselben einverstanden.“

Der Herausgeber . . . .

Der in Aussicht genommene Korrespondent . . . .

Wenn man die Gesamtheit dieser Zumuthungen liest, schreibt das zitierte Blatt, so kann man nur die eine Schlussfolgerung daraus ziehen: Wie groß müssen die Niederlagen und Verluste der englischen Armee in den indo-afghanischen Feldzügen gewesen sein, wenn man sich auf der dortigen Regierungseite es so viel Mühe kostet läßt und so viel guten Ruf aufs Spiel setzt, um nur zu verhindern, daß die volle und ungeschminkte Wahrheit über die britische Kriegsführung in's Vaterland dringe. Selbst das russische Heeres-Kommando, dem man doch sicherlich keine zu große Zärtlichkeit für die Wirksamkeit der Presse nachsagen darf, hat im letzten Kriege nicht daran gedacht, dem Kriegsberichterstatter in seinem Lager derartige unwürdige Existenzbedingungen zu stellen. England hat sich damit in die Reihe der Staaten begeben, welche tiefer unter dem Niveau der europäischen Lebensgewohnheiten stehen, um keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen, und dies um so mehr, als bekanntlich die Berichterstattung vom Afganenkriege, selbst bei der denkbarsten Indiskretion, den kriegsführenden Feinden der Engländer nicht im Stande ist, auch nur den mindesten Nutzen zu verschaffen.

Zur Geschichte der italienischen Ministerkrise, die, so plötzlich ihre ersten Reime sichtbar wurden, auch zur Steife gelangt ist, wird aus Rom mitgetheilt, daß der Anstoß zur Bewegung im Schoße des Kabinets selbst gegeben wurde. Der Minister des öffentlichen Unterrichts, Signor Perez, hat seine

Demission gegeben. Gleichzeitig haben sich im Schoße des Kabinetts zwei Parteien gebildet; die eine, an deren Spitze der Finanzminister Grimaldi stand, war dafür, daß der Kammer die finanzielle Situation dargelegt und neue Steuervorlagen gemacht werden sollen zum Erste für die Aufhebung der Mahlsteuer; die zweite Partei, geführt vom Minister des Innern, hielt solche Vorrichtung für unnötig und war für die unverweilte Aufhebung der Mahlsteuer ohne weitere Vorsorge. Diese Partei blieb in der Oberhand. Im rechten Moment tauchte Depretis auf, der am 16. November in Rom eintraf und sogleich von Cairoli zu eingehenden Konferenzen über die politische Lage herangezogen wurde. Depretis weiß den Moment auszunützen, und wie die Dinge stehen, kann Cairoli seines Rathes und seiner Mitwirkung nicht entbehren. Ein Ministerium Cairoli-Depretis ist also auf der Tagesordnung und wird so lange auf derselben bleiben, als die beiden Staatsmänner einander gegenseitig zu bedürfen glauben.

Die „Agenzia Stefani“ meldet: Bezüglich des neuen Ministeriums gilt als nahezu feststehend, daß Cairoli das Präsidium und das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Depretis das Ministerium des Innern, Villa die Justiz, Baccarini die öffentlichen Arbeiten und Magliani die Finanzen übernehmen würde. Die Verhandlungen wegen der übrigen Portefeuilles dürften voraussichtlich noch heute zu einem Ende führen.

Amtliche Depeschen aus Khartoum melden, daß Gordon den König Johannes von Abessinien verlassen hatte, ohne eine definitive Vereinbarung über die Beziehungen zwischen Abessinien und Egypten zu Stande gebracht zu haben, daß derselbe indeß bei seiner Ankunft in Halaï durch ein Schreiben des Königs Johannes wieder zu demselben zurückverkehrt wurde.

## Briefe und Zeitungsberichte

C. Berlin, 23. Novbr. [Zur nächsten Reichstagssession. Melbourne-Ausstellung.] Die heutige Mittheilung der „Nat.-Ztg.“, daß bereits dem nächsten Reichstage Vorlagen wegen der Verlängerung der Gültigkeit des Sozialistengesetzes und wegen Erhöhung der Präsenzstärke des Reichsheeres gemacht werden sollen, hat überrascht, aber eigentlich mit Unrecht. Was das Sozialistengesetz betrifft, welches bekanntlich nur auf 2½ Jahre erlassen wurde und daher im April 1881 abläuft, so ist es in der That unmöglich, mit dem Antrage auf Erstreckung derselben, wenn er eingebracht werden soll — woran nicht zu zweifeln ist — bis zu einer Session zu warten, welche erst im Februar 1881 eröffnet würde; läme keine Einigung zu Stande, so würde, ehe Neuwahlen erfolgen könnten, das Gesetz möglicherweise für mehrere Monate außer Kraft treten, um dann wieder in Wirksamkeit gesetzt zu werden. Innerhalb der Regierung hat man wohl niemals die Absicht gehabt, mit dem Antrage auf Verlängerung bis zum Februar 1881 zu warten. Sofern man sich aber endlich entschließe, den Reichstag, wie es in der jüngsten Etatsverhandlung des Abgeordnetenhauses erst wieder mit Recht von allen Seiten verlangt wurde, im Herbst statt im Winter zu versammeln, so brauchte man nicht Beschlüsse auf länger als ein Jahr im Voraus zu fassen, sondern könnte im Herbst 1880 über die Verlängerung des Sozialistengesetzes berathen. Was den Militäretat und die Präsenzstärke betrifft, so bleibt abzuwarten, ob es sich für die Session von 1880 nicht blos um einzelne Erhöhungen, wie die jüngst von uns angekündigte Verstärkung der Artillerie, handelt. Für den erst zum 31. Dezember 1881 bevorstehenden Ablauf des „Septennates“ bereits im Februar oder März 1880 Vorsorge zu treffen, dazu könnte kaum ein anderer Grund vorliegen, als der Wunsch, diese Entscheidung nicht im unmittelbaren Hinblick auf Neuwahlen treffen zu lassen, was geschehen würde, wenn man Anfang 1881 darüber beriehe, da das Mandat des jetzigen Reichstags im Juli 1881 abläuft. — Dem Bundesrat ist jetzt der Antrag des Reichsantragers auf Gewährung einer Beihilfe des Reiches für die Befriedung der Welt ausstellung in Melbourne in Höhe von 300,000 M. zugegangen. Für die Ausstellung in Sidney waren nur 200,000 M. verlangt und bewilligt worden; es hat sich aber bereits herausgestellt, daß diese Summe durch die Ausgaben um mindestens 100,000 M. überschritten wird — nach dem alten Erfahrungssatz, daß Voranschläge dazu da sind, um nicht eingehalten zu werden. Mit den für Melbourne verlangten 300,000 M. wird es ohne Zweifel ebenso gehen, so daß man vielleicht am besten thäte, gleich 100,000 M. mehr zu bewilligen; nur wäre zu befürchten, daß alsdann die erhöhte Summe als „Voranschlag“ behandelt und demgemäß — überschritten würde.

— Das preußische Abgeordnetenhaus zählt 433 Mitglieder, wenn es voll besetzt ist. Diese 433 Mitglieder vertreten jeder für sich das ganze Volk, so will es wenigstens die konstitutionelle Fiktion; gewählt aber sind sie nur von einem Bruchtheil des Volkes, oft genug von einer äußerst knappen Majorität. Die Zahl derjenigen, welche durch das allgemeine Vertrauen ihres Wahlkreises zu einem Mandate gelangt sind, welche alle Stimmen der Wahlberechtigten auf sich vereinigt haben, ist sehr gering, nämlich im Ganzen 21. Es sind dies die Abgeordneten Windthorst-Meppen, der mit 201 Stimmen, Warburg-Altona, der mit 312, v. Heyne-Schleusingen, der mit 163, Gott-Wernigerode, der mit 257, Spannenberg-Hammeln, der mit 164, Otto-Zellerfeld, der mit 129, v. Hellen-Lehe, der mit 200, Freiherr v. Heyereman, der mit 380, v. Hassfeld-Münster, der mit 369, Sarrazin-Koesfeld, der mit 347, Evers-Wiedenbrück, der mit 362, Koch-Fulda, der mit 162, Dr. Meier und Schmidt-Hohenzollern, welche beide mit je 205, Schmidt-Stettin, der mit 263, v. Bismarck-Naugard, der mit 297, v. Kölle-Greiffenberg, der mit

195. v. Bussé - Neustettin, der mit 307, v. Kleist - Rebow, der mit 306, Reinick - Saalkreis, der mit 99 und Siebiger - Stadt Halle, der mit 379 Stimmen gewählt ist. Bei den andern Erwählten, die nur mit größerer Majorität dahin gelangten, gilt der Fibelvers: „Läßt Dir in Wenigen genügen, statt mehr wirst Du sonst gar nichts kriegen!“

Der „Staats-Ztg.“ schreibt: „Wir drucken aus der Nr. 47 des „Centralblatts für das deutsche Reich“ die Übersicht der Einfuhr von Getreide, Mehl und Dolsäaten über die östlichen Grenzen in das deutsche Zollgebiet für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober d. J. ab:

Einfuhr in den freien Verkehr über die Grenze gegen						
1.) Ostsee u. zwar:	a. von russischen	b. von anderen	2) Russ.	3) Oester-	4) Zu-	
	Grenzen	Grenzen	land.	reich	sammen	(Spalte 2-5)
Centn.	Centn.	Centn.	Centn.	Centn.	Centn.	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	
1) Weizen	10	28 206	196 615	148 717	373 548	
davon zur Durchfuhr	—	86	57 352	35 448	92 886	
2) Roggen	506 511	1 910	191 413	55 157	754 991	
davon zur Durchfuhr	24 452	—	35 689	756	60 897	
3) Hafer	10 215	710	47 260	116 461	174 646	
davon zur Durchfuhr	2 984	17	24 313	449	27 765	
4) Gerste	6 260	7 643	32 188	294 223	340 317	
davon zur Durchfuhr	—	—	13 559	54 903	68 462	
5) Mais	—	1 008	—	31 080	32 088	
davon zur Durchfuhr	—	—	—	3 400	3 400	
6) Mehl aus Getreide und Hülsenfrüchten	151	100	3 418	56 520	60 189	
davon zur Durchfuhr	1	—	324	14 125	14 450	
7) Raps und Rübsaat	—	32	8 221	30 985	39 238	
davon zur Durchfuhr	957	451	93 251	9 506	104 165	
8) Leinsaat	—	—	24 521	—	24 521	
davon zur Durchfuhr	—	—	—	—	—	

Hier nach ist wieder der weitaus größte Theil von Roggen und Leinsaat aus Russland eingeführt, während Hafer, Gerste und Raps überwiegend, Mais sowie Mehl aber fast ausschließlich aus Oesterreich eingebracht sind. Bei Weizen ist ein nennenswerther Unterschied zwischen der Einfuhr aus Russland und aus Oesterreich nicht zu bemerken.“

Breslau. Dr. A. Sch., einer unserer beschäftigsten Aerzte, in allen Kreisen hochgeachtet, hervorragender Stadtverordneter, beiläufig das Urbild des Dr. Claus von L'Arronge, ist seit ungefähr 6 Jahren Kontrolleur im Bezirke der hiesigen Ober-Postdirektion, als welcher er die Pflichten eines Physikus gegen eine jährliche Remuneration von 600 M. auszuüben hatte. Anfang September d. J. wurde sein Vertrag erneuert, der nun vor wenigen Tagen seitens der Ober-Postdirektion gekündigt worden ist. Da in seiner Berufslistung kein Grund hierzu liegen kann, führt man die Ursache der Kündigung auf seine politischen Überzeugungen zurück. (B. B. C.)

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 24. November.

r. [Die Petition gegen das Schanksteuer-gefeß], welche, wie schon mitgetheilt, von dem hiesigen Verein der Gastwirthe ausgegangen ist, hat in den Kreisen der Hoteliers, Gastwirthe, Restaurateurs und Schankwirthe unserer Stadt, ohne Rücksicht auf Nationalität, bedeutenden Anklang gefunden, und ist Sonnabend Abend, mit ca. 500 Unterschriften bedeckt, an das Abgeordnetenhaus abgesandt worden.

r. Die Ullmann'sche Konzert-Gesellschaft, welche mit dem Donnerstag-Abendzug von Kreuz hier eintraf, und in Mylius Hotel logierte, ist Sonntag Vormittag nach Breslau, wo sie gleichfalls Konzerte geben wird, abgereist. Sie bestand aus 5 Personen: dem Geschäftsführer Hermann, der Sängerin Zagury und deren Gatten, der Violinistin Miss Tebeski und dem Pianisten Leitert. Das Gespäck bestand aus 12 großen Koffern. — Das zweite Konzert am Sonnabend fand „wegen plötzlich eingetreterner Heiterkeit“ der Frau Zagury nicht statt.

Der Vorstand des Verbandes schlesischer und posener Spiritusindustrie ist von neuem wegen Einrichtung einer möglichst Ausnahmetarife für den Spiritus- und Spritexport aus Schlesien und Posen bei den Ministerien der Landwirtschaft und des Handels, sowie bei den Direktionen der Niederschlesisch-Märkischen und der Oberösterreichischen Eisenbahn vorstellig geworden. Zur Motivierung des Gesuchs wird auf die nachtheiligen Folgen verwiesen, welche die Aufhebung der früher bestandenen Ausnahmetarife und die Einreichung der Artikel Spiritus und Sprit in den Spezialtarif I. des Reformtarifs theils schon herbeigeführt hat, theils noch in Aussicht stellt. Besonders hervorgehoben wird die täglich größere Dimensionen annehmende Konkurrenz des amerikanischen Sprits auf den kontinentalen Märkten. Nachdem schon seit längerer Zeit die Schweiz ihren Spritbedarf in Oesterreich-Ungarn (vorzugsweise Böhmen) zu decken begonnen hatte, ruft nun den hamburgischen Platz, Italien und die Levante vorjorgte, dringt neuerdings der rektifizierte amerikanische Maisspirit hauptsächlich via Marseille auf alle südeuropäischen Märkte. Aus der Schweiz und aus zahlreichen italienischen Städten, ebenso aber auch aus den Hafenplätzen Frankreichs, Spaniens und Portugals liegen Berichte vor, welche melden, daß norddeutscher Kartoffelsprit gegen den ungemein billig angebotenen amerikanischen Maisspirit nur noch ausnahmsweise konkurriren kann, obgleich er dem amerikanischen Sprit in der Qualität überlegen ist. Auch wird darauf hingewiesen, daß während früher Egypten von Triest aus mit deutschem Sprit versorgt wurde, gegenwärtig egyptischer Rübensprit nach Triest gebracht wird.

Die Versendung von Kartoffeln. Der Vorstand des Landw. Provinzialvereins für Posen hat an die königl. Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn als Vorst. führende Instanz bei der General-Konferenz der deutschen Eisenbahnen das Gesuch gerichtet, veranlassen zu wollen, daß die Kartoffeln unter diejenigen Güter eingereicht werden, welche nach Maßgabe des Reformtarifs ohne Erhöhung der Frachtpreise in bedeckten Wagen befördert werden, sofern solche auf der Absendestation verfügbar sind. In den von der General-Konferenz aufgestellten allgemeinen Tarifvorschriften ist eine Reihe bedeckungsbedürftiger Güter aufgeführt, für welche die beantragte Vergünstigung gewährt wird, unter diesen fehlen aber die Kartoffeln, deren Haltbarkeit durch Kälte beeinträchtigt wird und die schon bei Einwirkung geringer Kältegrade, welche durch eine Bedeckung abzuhalten wäre, für den Speisegebrauch unverwertbar gemacht werden. Die Versendung der Kartoffeln in den Herbst- und Frühlingsmonaten ist daher stets mit der Gefahr einer unterwegs eintretenden Beschädigung der Sen-

dungen verbunden. Wird die Verladung in bedeckten Wagen ausdrücklich gefordert, so zieht dies eine Erhöhung der Frachtpreise um 10 p.C. nach sich, welche den Export unrentabel macht. Auf den meisten hiesigen Eisenbahnstationen werden nun zwar bedeckte Wagen hergegeben, wenn solche vorhanden sind, das Verfahren dabei ist aber kein gleichmäßiges, neuerdings sind bedeckte Wagen mehrheitlich verworfen worden, auch berechnen die Bahnhofswirten zum Theil für die Vergabe der bedeckten Wagen den Zuschlag von 10 p.C. Der petitioirende Verein ist der Ansicht, daß es im beiderseitigen Interesse der Bahnhofswirten und des Publikums liegt, das Verfahren durch eine feste Norm zu regeln.

r. Zur Anlegung eines neuen Kirchhofes der katholischen Maria-Magdalenen-Gemeinde sind an den Kirchenvorstand dieser Gemeinde in Folge der öffentlichen Bekanntmachung im Ganzen 14 Offerten von Grundstücken in der Umgegend unserer Stadt eingegangen. Am vortheilhaftesten ist dem Kirchenvorstand zur Anlegung eines Kirchhofes das früher Schneider'sche, jetzt Krich'sche Grundstück auf der Feldmark Jerzec, welches von der Buferstraße, dem Train-Erkerplatz und dem südlichen Kirchhof begrenzt wird, erschienen. Daselbe hat zwanzig Morgen Flächeninhalt, und liegt im zweiten Festungsraum; es ist also nicht zu weit von der Stadt entfernt, und liegt doch nicht so nahe, daß die strengen, für den ersten Festungsraum gültigen Bestimmungen bei Aufstellung von Grabdenkmälern dort irgend welche Hindernisse bereiten könnten. Es sind zwischen dem Kirchenvorstand und dem Besitzer bereits Punktationen abgeschlossen, nach welchen der Preis für den Morgen dieses Terrains auf ca. 1000 M. festgesetzt ist; auch würde der Kirchenvorstand danach von der Provinzial-Feuerwehr eine Entschädigungssumme von ca. 3000 M. für ein Wohngebäude, welches auf dem Grundstück vor einigen Monaten abbrannte, erhalten. Außer diesem Grundstück ist von dem Kirchenvorstande, wie man hört, aber noch ein zweites, als geeignet erscheinendes Grundstück, an der oborniker Chaussee, nahe dem Glacis des Kernwerks, ins Auge gesetzt worden.

r. Verspätungen. Der Nachmittags-Verleihzug von Bentschen verpasste sich am Sonnabend um 15, der Abend-Verleihzug von dort um 73, der Abend-Verleihzug von Bromberg um 20 Minuten.

r. Am gestrigen Todtentag fanden in den hiesigen Theatern nur Aufführungen von Stücken ernsten Inhalts statt; im Stadttheater wurden Shakespeare's „Romeo und Julie“, im Volksgarten Schiller's „Räuber“, und im polnischen Theater Moniuszko's „Halda“ (wohl mit Beglassung der Tänze) aufgeführt; auch das Programm des üblichen Sonntags-Konzerts im Lambert'schen Saale war ernsten Inhalts. Die öffentlichen Tanzvergnügungen unterblieben vollständig. Es geschah dies auf Grund der §§ 11 und 12 der Polizei-Verordnung für den Regierungsbezirk Posen vom 28. August 1871, betr. die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage.

r. Die Krämerstraße ist am Sonnabend Abend, nachdem das fernere Eindringen von Wasser in das dort liegende Gasrohr gehindert und das Pflaster erneuert worden ist, wieder für den Wagenverkehr freigegeben worden.

## Telegraphische Nachrichten.

Paris, 23. November. Die Kaiserin von Russland wird nächsten Mittwoch Cannes verlassen und sich nach Florenz begeben, wo dieselbe nach den bisherigen Bestimmungen einen achtäugigen Aufenthalt nehmen wird.

London, 23. November. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Capetown den 4. d. Mts. gemeldet, General Wolseley habe beschlossen, Secocvoi (?) anzugreifen. Die Lage der Dinge in Transvaal ist gegenwärtig weniger bedrohlich. — Die Uniform des Prinzen Louis Napoleon ist wieder aufgefunden worden.

Pest, 21. Novbr. [Unterhaus.] Berathung der Wehrgefeß-Vorlage. Der Abg. Pulsky beantragte, den dermaligen Kriegsstand der gemeinsamen Armee unter der Bedingung für weitere 5 Jahre festzustellen, daß gleichzeitig einzelne Modifikationen und Ergänzungen des bestehenden Armeegesetzes beschlossen würden. Der Honvedminister Szende legte die Gründe dar, weshalb die Regierung eine Vorlage über die Reform des Wehrgefeßes bis jetzt noch habe einbringen können und fügte hinzu, die Frage sei Gegenstand fortwährender Befprechungen zwischen den beiderseitigen Regierungen. Die Wehrreform-Vorlage werde keinesfalls mehr lange auf sich warten lassen und werde sich auf alle Verbesserungen erstrecken, deren Einführung eine 10jährige Erfahrung nothwendig erscheinen lasse. Der Abg. Utron beantragte die Ablehnung der Vorlage. Ministerpräsident Tisza trat für die Annahme der Vorlage ein und erklärte dabei, auch er sei für eine Heraussetzung des Armeestandes, halte aber trotzdem für nothwendig, daß die Heeresmacht mindestens in der gegenwärtigen Stärke erhalten werde, wenn das Land sich nicht der Gefahr der Isolirung aussetzen wolle. Die Monarchie sei nicht in der Lage, die Initiative zu einer allgemeinen Abrüstung zu ergreifen. Wenn die europäischen Mächte eine Abrüstung durchführen wollten, werde das vorliegende Gesetz Ungarn nicht hindern ein Gleches zu thun.

Madrid, 23. November. Die Erzherzogin Christine von Oesterreich ist mit ihrer Mutter heute Nachmittag 2 Uhr in Irún angelkommen und dafelbst mit großen Feierlichkeiten empfangen worden. Ihre Ankunft hier wird morgen Vormittag erwartet, die Erzherzogin wird in dem unweit von hier gelegenen Schlosse Pardo ihren vorläufigen Aufenthalt nehmen. — Die Kaiserin Eugenie ist heute hier eingetroffen, die Mutter derselben, die Gräfin Montijo, ist bereits gestern Abend gestorben.

Konstantinopel, 22. November. Nach der Audienz beim Sultan beabsichtigt Aleko Pascha morgen nach Philippopol zurückzukehren. — Die Konferenzen der griechisch-türkischen Kommissionen sind für die nächste Woche vertagt worden. — In der Begleitung Baker Paschas befindet sich kein Engländer.

Berlin, 22. November. S. M. gedeckte Korvette „Bismarck“, 16 Geschütze, Kommandant Korv.-Kapt. Deinhard, hat am 3. Oktober er. Sidney auf der Reise nach den Tanga- und Samoa-Inseln verlassen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

A. Adler, Portrait-Maler,

Breslau, Alte Taschenstraße 13,  
fertigt lebensgroße Del-Portraits nach kleinen ein-  
gesandten Photographien. Vorzügl. Nehmlichkeit.

Alte Taschenstraße 13.

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

Berlin, 23. Novbr. (Privatverkehr.) Kreditaktien 469,00 a 474,60 a 474,00, Franzosen 458,50 a 459,50, Lombarden 142,50, 1860er Loos 125,25, österr. Silberrente 61,00, do. Papierrente 58,90, do. Goldrente 69,40 a 69,50, ungar. Goldrente 81,60 a 81,90, Staliener 78,00, 1877er Russen 88,40, Russische Noten pr. ultimo 211,50, II. Orientanleihe 58,60, III. Orientanleihe 59,10, Rumäniener 44,40 a 44,25, Mainz-Ludwigshafen —, Köln-Mindener 143,00, Bergisch-Märkische 90,90 a 91,00, Rheinische 146,25 a 146,50, do. junge 135,75 a 136,00, Oberpfälzische 166,00 a 166,25, Galizier 104,50, Disconto-Kommandit 176,00 a 177,25 a 177,10, Deutsche Bank 133,50 a 134,10, Preuß. Bodencredit 69,25 a 70,00, Laurabüte 97,60 a 97,25, Dortmunder Stamm-Prioritäten 75,00 a 75,60, Nordhausen-Erfurt Stamm-Prioritäten —, Darmstädter Bank —, Hibernia u. Shamrock —, Günstig. Meinungs-Dedungsläufe.

Nachbörsen 1 Uhr 45 Min.: Franzosen 459,00, Rheinische Eisenb.-St.-Akt. 147,10, pr. Dezbr. 147,40, do. junge 136,25, Disconto-Kommandit 176,90, Laurabüte 96,90 a 97,00, Dortmunder St.-Prior. 75,00, Hölder Hütten conv. 140,00 Ed., Rumäniener —, Deutsche Bahnen animirt.

Frankfurt a. M. 22. November. (Schluß-Course.) Pest. Lond. Wechsel 20,352, Pariser do. 80,55, Wiener do. 173,10, R.-M.-St.-A. 143, Rheinische do. 145, Hess. Ludwigsh. 82, R.-M.-Pr.-Anth. 132, Reichsanl. 97, Reichsbank 153, Darmstb. 139, Meininger 8, 83, Det.-ung. Et. 729,00, Kreditaktien\* 232, Silberrente 60, Papierrente 59, Goldrente 69, Ung. Goldrente 81, 1860er Loos 124, 1864er Loos 304,50, Ung. Staatsl. 185,50, do. Ostb.-Obl. II. 73, Böh. Westbahn 168, Elisabethb. 151, Nordwestb. 120, Galizier 207, Franzosen\*) 227, Lombarden\*) 71, Staliener —, 1877er Russen 88, Il. Orientanleihe 58, Zentr.-Pacific 107, —, Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 232, Franzosen 227, Il. Orientanleihe —, Galizier —, Ungarische Goldrente 81, 1860er Loos —, \*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M. 22. November. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 233, Franzosen 228, Lombarden 70, 1860er Loos 125, Goldrente 69, Galizier —, Silberrente —, Deterr. Papierrente —, Ungar. Goldrente —, Il. Orientanleihe —, 1877er Russen —, Pest.

Wien, 22. November. (Schluß-Course.) Sehr geschäftslos. Spekulationspapiere schwächer, Renten behauptet, Bahnen venachlässigt, Franzosen gedrückt.

Papierrente 68,27, Silberrente 70,80, Deterr. Goldrente 80,30, Ungarische Goldrente 94,62, 1854er Loos 123,70, 1860er Loos 128,00, 1864er Loos 165,50, Kreditloose 171,70, Ungar. Prämiens 105,50, Kreditaktien 268,90, Franzosen 263,00, Lombarden 81,50, Galizier 239,50, Kasch.-Oderb. 114,25, Pardubitzer —, Nordwestbahn 139,00, Elisabethbahn 175,70, Nordbahn 228,50, Oesterreich-ungar. Banf 843,00, Türk. Loos 184,0, Unionbank 93,20, Anglo-Austr. 135,30, Wiener Bankverein 133,90, Ungar. Kredit 254,75, Deutsche Plätz 57,10, Londoner Wechsel 116,95, Pariser do. 46,25, Amsterdamer do. 96,40, Napoleon's 9,32,

